

# Fremdenrechtliche Angelegenheiten (MA 20)

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung 20 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten beinhaltet die Vollziehung des Fremdenengesetzes in der mittelbaren Bundesverwaltung hinsichtlich – in der Regel – quotenpflichtiger Aufenthaltstitel und des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes einschließlich fachlicher Information und Beratung in den verschiedenen Genehmigungsverfahren. Darüber hinaus erhalten Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer eine umfassende Integrationsbegleitung und Hilfestellung für die ersten Schritte in der neuen Heimat.



## Projekt- und Schwerpunktüberblick 2004

### Rechtliche Angelegenheiten

- Im Jahr 2004 sind insgesamt 32.287 Anträge bearbeitet worden, davon 4.786 Erstanträge.
- In Angelegenheiten des Ausländergrunderwerbs wurden 1.859 Anträge bearbeitet.

### Willkommen in Wien (Erstintegrationsbegleitung)

- Erweiterung des Umfangs der „Willkommensmappen“ um 100 Prozent.
- Zu den Sprachen Albanisch, Arabisch, Bosnisch-Kroatisch, Deutsch, Englisch, Serbisch, Russisch und Türkisch, zusätzlich eine französische Ausgabe – seit November 2004 auch als download im pdf-Format in allen neun Sprachen erhältlich.
- Die Magistratsabteilung 20 erhielt für das Willkommenspaket die Auszeichnung „Good Practice“ beim Wettbewerb „UN-HABITAT“.
- „Orientierungsgespräche“ für Neueinwanderer/innen auch in chinesischer Sprache.
- „Frauentreffpunkt“. Beginn einer Serie von Orientierungsgesprächen in den Bezirken mit frauenspezifischen Schwerpunkten im Zusammenhang mit Migration.

### Internationales Metropolis Netzwerk

- Präsentation eines Vergleiches der Wiener Integrationspolitik durch die MA 61 und MA 20 gemeinsam mit schweizerischen und deutschen Kommunen im Zuge der Internationalen Metropoliskonferenz, die im Herbst 2004 in Genf stattfand.

### Gleiche Chancen im Betrieb

- Teilnahme an einem EU-EQUAL Projekt zum Thema „Vorbeugung und Bekämpfung von Rassismus am Arbeitsplatz“. Erarbeitung eines „Code of Conduct“ für die MA 20.

### Meldewesen und Staatsbürgerschaften

- Erweiterung des Beratungs- und Serviceangebotes.
- Im Zuge der Genehmigungsverfahren sind die Mitarbeiter/innen geschult, für die Kundinnen und Kunden im Bedarfsfall auch als Meldebehörde zu agieren.
- Ebenso wurde Erstberatung in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten in die Angebotspalette aufgenommen.